POTSDAMS ANDERE SEITEN

LINKE Nachrichten aus Potsdam

AUSGABE SEPTEMBER 2023 | 19. JAHRGANG



Ohne Sorge bald mit Eintritt?

Zugegeben, auch zu Zeiten Friedrich II. standen die Potsdamer Schlösser und Gärten nur in seiner Abwesenheit und lediglich „ordentlich“ gekleideten Bürger:innen zum Flanieren und Staunen offen. Aber auf einen Parkeintritt ist selbst der pathologisch geizige „Alte Fritz“ nicht gekommen. Anders gestaltet sich das derzeitige Gerangel zwischen der eigentlich staatlichen Stiftung Preußischer Schlösser und Gärten (SPSG) und der Landeshauptstadt Potsdam. Lesen Sie hierzu: SEITEN 3 und I



Nach einem demokratischen Anfang

Am 11. September 1973 stürzten Militärs unter Führung von General Augusto Pinochet die sozialistische Regierung von Präsident Salvador Allende. Der hatte nicht mit Gewehren und Gewalt, sondern demokratisch aus Chile ein sozialistisches Land machen wollen.

SEITE 4



Sommerfest und Wohngemeinnützigkeit

Wir informieren über unser Sommerfest mit Weggefährt:innen, Verbündeten und Menschen aus der Potsdamer Stadtgesellschaft. Und: Dank linker Initiativen, Wissenschaftler:innen aber auch der Gewerkschaften und des Mieterbundes ist die Forderung nach einer Wohngemeinnützigkeit nun zurück im politischen Raum.

SEITE 6



Solidarität mit sozialen Trägern in Potsdam

Ziel eines Protest-Aktionstages Ende August vor dem Rathaus Potsdam war es, auf die prekäre Finanzierungssituation aufmerksam zu machen, auf die Merkwürdigkeiten des Umgangs der Stadt mit den Trägern hinzuweisen und für die weitere notwendige Förderung zu werben.

SEITE 7

RATHAUS REPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion Sozial. DIE LINKE.Potsdam

Der „Rathausreport“ im Innenteil

Wir informieren über das Geschehen auf der Stadtverordnetenversammlung vom 6. September 2023. Weiter lesen Sie: Der „RATHAUSREPORT-stammtisch“ in Fahrland, zum Parkeintritt, zum regionalen Test eines Cannabisladens, zur Schulentwicklung und zu weiteren Fragen & Antworten

SEITEN I – IV



IMPRESSIONEN VON DER KRANZNIEDERLEGUNG ZUM WELTFRIEDENSTAG AM DESERTEURS-DENKMAL

DIE LINKE: für eine friedliche Außenpolitik

Zum Weltfriedenstag 2023 von Tobias Woelki, Stellvertretender Vorsitzender der LINKEN.Potsdam

Jedes Jahr treffen wir uns an diesem Tag, dem Tag des Friedens, und hoffen, dass es dieses Jahr endlich ein Feiertag wird. Hoffnung alleine hilft nicht gegen Verzweiflung: DIE LINKE steht fest für eine friedliche Außenpolitik. Konflikte um Einfluss, Bodenschätze und Absatzmärkte nehmen in der Welt stetig zu. Die Bundesregierung will weiter aufrüsten. Diese Abschreckungstaktik durch Waffen führt aber nicht zu Frieden und Sicherheit, sondern zu einer Welt des Schreckens wie wir sie tagtäglich zu Gesicht bekommen. Die Konsequenzen: Krieg, Elend und Flucht. DIE LINKE will den Nachschub unterbrechen: Jede Waffe findet ihren Krieg. Deshalb wollen wir Waffenexporte unterbinden. Die Bundesregierung hat die Ausgaben für Rüstung in den vergangenen Jahren andauernd erhöht - wir alle erinnern uns an die 100 Milliarden. Dieses Geld fehlt für eine soziale Daseinsvorsorge; für Schulen, Krankenhäuser und den öffentlichen Nahverkehr. Wir müssen weiterhin auf Entspannungspolitik, auf gerechte Weltwirtschaftsstrukturen und zivile Konfliktlösungen setzen, um Menschen auf der ganzen Welt eine friedliches Leben zu ermöglichen.

Seit dem russischen Angriff auf die Ukraine können wir vermehrt beobachten, wie die Bundeswehr einmal mehr verstärkt versucht ihre blutige Ideologie in die Schulen zu tragen. Die Bundeswehr hat sich über Jahrzehnte hinweg stetig von einer formalen Verteidigungsarmee hin zu einer Angriffsarmee gewandelt. Die Bundeswehr ist heute wieder Militärmacht und steht als nun vollwertiges Mitglied an der Seite seiner Bündnispartner innerhalb der NATO. Gemeinsam mit den Mitgliedern des Militärbündnisses geht es um die Sicherung und Erschließung von Rohstoffzugängen, Handelswegen, geostrategischen Einflusssphären und die Verteidigung hegemonialer Ansprüche. Die Bundeswehr ist heute, trotz Grundgesetz, wieder voll einsatzfähig und überall mit dabei, wo es hässlich wird. Die Militarisierung der Schulen und Hochschulen ist ein zentraler Bestandteil dieses Prozesses.

Die „Straight 18“-Regelung muss umgesetzt werden, was bedeutet, dass die Bundeswehr nicht an Schulen, also bei Minderjährigen werben darf. Die Medien und die Öffentlichkeit prangern für ihre Kriegspropaganda allzu oft den Einsatz von Kindersoldaten in Afrika an. Ihre Doppelmoral zeigt sich, wenn Deutschland nicht nur Kindersoldaten ausbildet, sondern auch in der Bundeswehr selbst unter 18-Jährige, also dem Gesetz nach Kinder, den Dienst an der Waffe schieben lässt.

Heute gedenken wir auch den mutigen Deserteuren in aller Welt. Sie sind diejenigen, die unter Einsatz ihres Lebens Frieden schaffen. Genau diese Menschlichkeit steht unter Strafe. Wir müssen diesen mutigen Menschen helfen. Jeder Soldat, jede Soldatin, der/die die Waffe niederlegt, bringt uns ein Stück näher zum Frieden.



Impressum

HERAUSGEBER
„medienPUNKTpotsdam“ – DAS JOURNALISTENBÜRO, BERND MARTIN, Zeppelinstr. 7, 14471 Potsdam.
REDAKTION
Bernd Martin (v.i.S.d.P.), Chefredakteur; Isabelle Vandre, Steffen Lehnert, Konstantin Gräfe
AUTOR:INNEN
Wenn nicht im Innenteil veröffentlicht – Redaktion
Die nächste PaS erscheint am 12.Oktober 2023

LAYOUT
Sophie Sumburane
TELEFON der Redaktion
0176 / 327 93 65 9
E-MAIL
info@medienpunktpotsdam.de
BANKVERBINDUNG
Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kt.-Nr.3508020699, BLZ 160 500 00
BILDAUTOR:INNEN
Wenn nicht im Innenteil veröffentlicht – Redaktion/Archiv
DRUCK
Nordkurier Druck GmbH & Co. KG



„Ohne Sorge“ bald mit Eintritt?

Zugegeben, auch zu Zeiten Friedrich II. standen die Potsdamer Schlösser und Gärten nur in seiner Abwesenheit und lediglich „ordentlich“ gekleideten Bürger:innen zum Flanieren und Staunen offen. Aber auf einen Parkeintritt ist selbst der pathologisch geizige „Alte Fritz“ nicht gekommen.

Anders gestaltet sich das derzeitige Gerangel zwischen der eigentlich staatlichen Stiftung Preußischer Schlösser und Gärten (SPSG) und der Landeshauptstadt Potsdam.

Denn obwohl selbst der Stiftungsvertrag einen kostenlosen Zugang als Grundsatz vorschreibt, droht die SPSG in regelmäßigen Abständen mit der Erhebung eines Eintritts für den Park Sanssouci, um sich in Vorhand gegenüber der Stadt zu bringen. Oberbürgermeister Schubert (SPD) verkündete im Frühsommer noch die Findung eines Kompromisses in dieser Frage. Teil des vermeintlichen Kompromisses, Die längst überfälligen Errichtung einer Sanitäranlage am Sportplatz der Nowawiese. Ins gleiche Horn blies Landeskulturministerin Manja Schüle (ebenfalls SPD), deren Ministerium Brandenburgs Sitz im Stiftungrat inne hat. Auf konkrete Details dieser Verhandlungen mussten sich Öffentlichkeit und Stadtverordnete jedoch noch bis Ende August gedulden. Auf die parlamentarische Anfrage unserer Landtagsabgeordneten Isabelle Vandre hin, ergaben sich zudem zusätzliche Unsicherheiten: So sei die medial verkündete Einigung rund um die Sanitäranlagen wiederum doch nicht Teil des Gesamtpakets. Zudem befindet der Stiftungsrat erst nach der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung über das Aushandlungsergebnis. Im schlimmsten Fall befassen sich die Stadtverordneten also mit einer Vorlage, die gar nicht vom Rat getragen wird.

Den aufdrängenden Fragen bei solch intransparentem Vorgehen, wird sich für die Potsdamerinnen und Potsdamer eine weitere hinzugesellen. Denn mit Ende der Sommerpause beschloss die Stadtverordnetenversammlung eine erneute Bürger:innenbefragung zu Fragen von Parkeintritt und -nutzung. (siehe auch Rathausreport S. I) Die letzte repräsentative Erhebung dieser Art zu ganz ähnlichen Fragen fand erst 2016 statt. Bereits damals lehnte eine Mehrheit der Befragten einen Parkeintritt ab. Es ist davon auszugehen, dass sich daran auch mit der erneuten Erhebung nichts ändern wird. Und es ist schwach, dass es derlei Aufwand bedarf, um die Stiftung und ihren Teilhabern (Brandenburg, Berlin, Bund), davon zu überzeugen, das Welterbe entgeltfrei zu bewahren. Als LINKE streiten wir für die kostenlose Nutzung unserer Gärten und Parks.

Steffen Lehnert

Bäume in unseren Parkanlagen sind stark bedroht

Wer mit offenen Auge durch unsere Parkanlagen geht, sieht überall die Folgen des Klimawandels. Viele unserer Altbäume sind stark geschädigt, die Kronen weisen große Lücken auf, viele Äste sind abgestorben, teilweise bereits ganze Bäume. Gründe hierfür sind langanhaltende Trockenperioden im Sommerhalbjahr, eine stärkere Sonneneinstrahlung und Spätfrostperioden im Frühjahr. Besonders schlimm ist die Situation gerade in den besonders von Land und Bund mit Geldern geförderten Gärten des Potsdamer Weltkulturerbes. Während es im Volkspark Glienicke, der nicht der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten (SPSG) untersteht, noch recht gut aussieht und auch naturnahe innerstädtische Waldparzellen, wie das Fontanewäldchen in Babelsberg, den Umweltänderungen ganz gut trotzen. Gerade die Parkanlagen der SPSG die einem besonders hohen Pflegeaufwand unterliegen, schneiden besonders schlecht bei der Baumbewertung ab. Wie kann das sein? Besonders im Babelsberger Park wurden seit vielen Jahren sogenannte Sichtachsen angelegt, die historische Blickrichtungen freistellen sollten. Ein Großteil des historischen Baumbestandes ging so verloren. Hinzu kam, dass die nun freigestellten Bäume, besonders die Buchen, Sonnenbrand bekamen und abstarben. Das ständige Beräumen der Krautschicht sorgte für eine anhaltende Austrocknung der Bodenschicht. Hierbei wurde der gesamte baumbestandene Parkbereich mehrfach mit schweren Maschinen befahren und somit auch der Feinwurzelbereich der Altbäume zerstört, während den Kindern das Rodeln im Winter laut Parkordnung aus Gründen des Wurzelschutzes untersagt ist. Viele geschwächte Bäume bekommen Pilzbefall und sterben innerhalb weniger Jahre ab. Keine guten Aussichten für unser Weltkulturerbe. Künftig sollten alle Eingriffe in den gefährdeten Parkbereichen unterbleiben, denn die Krautschicht beschattet und kühlt den Boden. Nachwachsende Bäume können zu Solitären herangezogen werden, sie sind mit den hiesigen Standortbedingungen bestens vertraut. Altbäume können mit einer Tiefenbewässerung ausgestattet werden, befestigte Wurzelräume können aufgelockert und vor weiterer Verfestigung bewahrt bleiben. Sorgen wir dafür, dass die Geldmittel, die in die Parkanlagen fließen für den Erhalt der Bäume, nicht für deren Fällung verwandt werden.

Norbert Wilke



FOTO: PRIVAT, MUSEO DE LA MEMORIA Y LOS DERECHOS HUMANOS, SANTIAGO DE CHILE

Antifaschistisch gegen das Vergessen:
50 Jahre Putsch in Chile

50 Jahre sind vergangen, seit die chilenische Rechte und ökonomischen Eliten zusammen mit den USA auf den Putsch gegen das progressive historische Projekt der Unidad Popular unter Salvador Allende hinarbeiteten. Die politische Lage spitzte sich über Monate zu, bis am 11. September 1973 das Militär gewaltsam den Staatsstreich verübte. Die damit begonnene Militärdiktatur und ihr aggressiver Neoliberalismus setzten auch in der Folge auf brutale Gewalt, um den kollektiven Weg zum Sozialismus zu zerstören.

Noch heute begleitet das Erbe der Diktatur die Menschen in Chile jeden Tag, denn weder Verfassung noch ökonomisches Modell wurden seither geändert. Grundlegende soziale Absicherungen durch den Staat, die Einhaltung von Menschenrechten und die Einhegung der Wirtschaft – sprich das Recht auf ein Leben in Würde wurden seit der Sozialen Revolte von 2019 eingefordert. Der im Anschluss von unten erarbeitete alternative Verfassungstext versuchte, dies aufzugreifen, wurde jedoch von 64% der Chilen*innen abgelehnt.

Und dennoch, oder gerade deshalb, ist es keine Selbstverständlichkeit, dass dieses Jahr die während der faschistischen Diktatur begangenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit wie Folter, Verschleppung und Ermordungen, angeprangert und den Opfern gedacht wird. Die Forderungen Justicia, Verdad, No Impunidad (Gerechtigkeit, Wahrheit, keine Straflosigkeit) sind noch immer kein Konsens. Noch heute fragen Angehörige und Freund:innen nach dem Verbleib ihrer Lieben, weil weder aufgeklärt ist, was mit ihren verschwundenen Nahestehenden geschehen ist, noch wurden die Täter*innen dafür zur Rechenschaft gezogen. Stattdessen erfährt die politische Rechte, die sich der Tradition Pinochets verschrieben hat, starken Rückenwind. Durch sie werden Diskurse laut, die den Putsch als legitime Notwendigkeit ansehen, der Chile vermeintlich vor dem Kommunismus gerettet hätte und die behaupten, Pinochet sei nur eine Nebenfigur im historischen Szenario gewesen. Auch in Chile zeigt sich, dass institutionalisiertes Gedenken nicht ausreichend ist, um gegen das gesellschaftliche Vergessen anzukommen. Es waren und sind Angehörige, Überlebende, Antifaschist:innen und Feminist:innen, die sowohl den Weg aus der Diktatur gezeichnet haben, als auch noch heute blinde Flecken aufdecken und die chilenische Geschichte aufrechterhalten.

Als Linke sind wir gut beraten, an die Siege und Niederlagen unserer Genoss:innen weltweit in Würde zu gedenken. Gerade die chilenische Erfahrung zeigt, wie eng Neoliberalismus und Faschismus miteinander verwoben sind. Deshalb machen die immer wieder aufblühenden Sozialen Bewegungen Mut, trotz alledem für eine andere, gerechte Welt zu streiten.

Hanna Steiner

Erinnerung an die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki

Vor 78 Jahren - am 6. und 9. August 1945 - fanden die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki statt. Der Befehl zum Abwurf der beiden Atombomben wurde sehr wahrscheinlich am Rande der Potsdamer Konferenz in Babelsberg von der Villa aus erteilt, in der der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Harry S. Truman, weilte. Zum Gedenken an die Opfer und das Geschehen gibt es die Gedenkstätte am Hiroshima-Nagasaki-Platz. Sie wurde 2010 gegenüber der "Truman Villa", Karl-Marx-Straße 2, in Babelsberg eingeweiht.

Parallel zum Gedenken im August 2023 lief in den deutschen Kinos der Film „Oppenheimer" an.



"Jetzt bin ich der Tod geworden. Der Zerstörer der Welten". So beschreibt J. Robert Oppenheimer sich selbst, nachdem er zusammen mit anderen Wissenschaftlern erfolgreich den Bau einer Atombombe abgeschlossen hat. Die Gedankenwelt dieses genialen Wissenschaftlers rund um die wortwörtliche Sprengkraft seiner Handlungen versucht der Film aufzuzeigen. „Die Geschichte Oppenheimers als linker, jüdischer Physiker, der die Wissenschaftler in Los Alamos im Glauben an ein Wettrennen mit den Nazis lange genug zusammenhält, um schließlich die Atombombe fertigzustellen und dann mit den Folgen zu hadern, fasziniert bis heute", schreibt die „taz".

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam | Ausgabe September 2023

JETZT SIND SIE GEFRAGT: BÜRGER:INNENBEFRAGUNG ZUM PARKEINTRITT



Alle (5) Jahre wieder – so könnte man sagen, beschäftigte die Stadtverordneten in den letzten Monaten die Debatte um Parkeintritt oder Millionenzahlung an die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten. Bereits seit 2013 beteiligt sich die Landeshauptstadt mit einer jährlichen Zahlung von 1 Mio Euro am Pflegeaufwand für die Welterbe-Parks. Träger der Stiftung sind die Länder Brandenburg und Berlin sowie der Bund. Potsdam hat als Kommune kein Mitspracherecht. Obwohl die Vereinbarung zur Abwendung eines Parkeintritts 2013 mit einer einmaligen Notlage begründet wurde, besteht sie seitdem fort und die Stiftung preußische Schlösser und Gärten möchte sie nun erneut verlängern, droht anderenfalls mit der Einführung eines Pflichteintritts in die Parks von Sanssouci bis Babelsberg. In den bisherigen Verhandlungen ist es immerhin gelungen, die jährliche Ausgleichszahlung auf 800.000 Euro zu reduzieren und den schon lange geforderten Bürgerbeirat durchzusetzen. Ist das genug? Und ist die jährliche Zahlung weiter gerechtfertigt? Einerseits wird damit der Parkeintritt abgewendet – andererseits können die 800.000 Euro, die jährlich an die Stiftung fließen, dann eben nicht für andere städtische Zwecke, ob nun Volkspark, Spielplätze, Fahrradwege oder Schulen & Jugendklubs ausgegeben werden.

Keine einfache Frage. DIE LINKE hat sich in ihrem Wahlprogramm ganz klar zum freien Parkeintritt bekannt. Natürlich erwarten wir, dass die Stiftung dieser Verantwortung gerecht wird – zwingen können wir sie als Stadtverordnete leider nicht. Im ersten Hauptausschuss nach der Sommerpause wurde daher einvernehmlich vereinbart, im Rahmen einer repräsentativen Bürger:innenbefragung ein Stimmungsbild der Potsdamer:innen einzuholen. 2016 hatten sich in einer solchen Befragung 56% gegen einen Parkeintritt und damit für die jährliche Zahlung aus dem Stadtsäckel ausgesprochen. Auf das aktuelle Meinungsbild sind auch wir gespannt. In unsere Entscheidung wird es in jedem Fall einfließen.

Stefan Wollenberg
Fraktionsvorsitzender

Mit auf den Weg...



Zurück aus der Sommerpause müssen wir feststellen, die vor uns liegenden Aufgaben sind mal wieder nicht kleiner, sondern größer geworden. Alte „Baustellen“ sind immer noch da, neue hinzugekommen. Keine Sicherheit gibt es für den freien Parkeintritt – weder in Sanssouci noch im Volkspark. Der Erhalt des Rechenzentrums ist noch immer nicht gesichert, wenn in der SVV auch einen Schritt vorangekommen. Die Arbeit vieler freien Träger im Gesundheits- und Sozialbereich ist plötzlich in akuter Gefahr. Und eine Kehrtwende in der Schulentwicklungsplanung sorgt für große Unruhe.

Die von der Bundesregierung beschlossene Kindergrundsicherung verdient ihren Namen nicht – und wird keinen Beitrag zur Bekämpfung von Kinderarmut leisten können. Mich macht es einfach nur noch wütend, dass sich die FDP mit ihrer verachtenden Haltung gegenüber den von Armut gebeutelten Kindern und deren Familien durchgesetzt hat und das gesellschaftliche Klima weiter vergiftet. 2,4 Mrd. Euro für die Kindergrundsicherung, von denen allein 500 Mio Euro für die verwaltungstechnische Umsetzung der „Reform“ gebraucht werden, aber 85 Mrd. 17 Mrd. mehr als im vergangenen Jahr für Rüstung. So legt die Bundesregierung weiter die Axt an den sozialen Frieden!

Für Teilhabe und Schulbedarf sind ganze 15 Euro in der Grundsicherung vorgesehen. Was für ein Hohn! Da wird Frau Baerbock noch viele gebrauchte Schulmappen überreichen müssen. Uns bestärken diese Fehlleistungen der Bundesregierung darin, alles dafür zu tun, dass Kinderarmut in Potsdam nicht zur Selbstverständlichkeit wird und durch Armut belastete Kinder und Familien mit den begrenzten kommunalen Ressourcen zu unterstützen. Die Deckelung der Kosten für das Mittagessen in der Schule und das kostengünstige Schülerticket sind wichtige Schritte auf diesem Weg. Die Umsetzung dieser von uns initiierten und mit dem Haushalt beschlossenen Maßnahmen werden wir weiter einfordern. Unser Credo bleibt: Gleiche Teilhabechancen für alle Kinder und Jugendlichen!

Dr. Sigrid Müller
Fraktionsvorsitzende

So nicht, Frau Meier!



Im Zusammenhang mit den Kürzungen von Projektanträgen laut Richtlinie zur Gewährung von Zuwendungen für sozial- und gesundheitsfördernde Maßnahmen in der LHP der Fachbereiche Öffentlicher Gesundheitsdienst und Soziales und Inklusion ab 2024 hat Frau Meier gegenüber der Presse geäußert, dass erstmals die Verwaltung nach einer Matrix die Bewertungen stattgefunden haben. Dem ist nicht so!

Bereits in der 2011 geänderten Richtlinie wurde eine Matrix als Entscheidungsgrundlage für die Jury durch die Verwaltung zugrunde gelegt. In mehreren Sitzungen hat dann die durch den Sozial- und Gesundheitsausschuss eingesetzte Jury, bestehend aus je 1 Fraktionsvertreter, den vorgelegten Fördermittelentwurf diskutiert, geändert und war immer daran orientiert, bestehende Strukturen nicht zu zerschlagen. So ganz nebenbei: Seit einigen Jahren hat sich die Stadt von Aufgaben getrennt, sie durch freie Träger umsetzen lassen, die m. E. nach originäre Aufgabe der Stadt sind. So, z. B. das Projekt „Regionalnetzwerk Gesunde Kinder“ – finanziert durch die Stadt Potsdam, koordiniert durch die Tochter beim Klinikum „Ernst von Bergmann gGmbH“, EvB Sozial gGmbH, welches seit 2006 arbeitet. Ich erwarte vom zuständigen Fachbereich Gesundheit und Soziales, dass die Förderung von etablierten Trägerprojekten bereits im Jahr 2024 vollständig finanziert und gesichert werden. Ich erwarte von der Stadt, dass sie sich von ihren eigentlichen Aufgaben im Bereich Gesundheit und Soziales nicht verabschieden, sondern diese wieder eigenverantwortlich selbst leisten!

Jana Schulze

Pflaster sind keine Ursachenbekämpfung: Sozialangebote dauerhaft sichern

Seit Beginn der Sommerpause treibt viele Potsdamer:innen die Sorge um, dass wichtige soziale Angebote in der Stadt zum Beginn des nächsten Jahres schließen müssen. Das betrifft das Sozialwerk genauso, wie die Ehrenamtsagentur der AWO, wie die Selbsthilfegruppen des SEKIZ. Hintergrund ist, dass die Träger sich regelmäßig auf die finanzielle Unterstützung ihrer Arbeit bewerben müssen. Die Verwaltung erarbeitet dann einen Vorschlag, den sie den Stadtverordneten zur Beschlussfassung vorlegt. Preissteigerungen und neue Initiative haben nun dazu geführt, dass die zur Verfügung gestellten Mittel nicht ausreichen, um alle zu sichern. Doch Kürzungen – egal bei welchem Sozialträger – sind keine Option! Hinter jedem Träger, hinter jeder Maßnahme stehen Dutzende Potsdamer:innen, denen wir versprochen haben, sie in der Krise nicht alleine zu lassen. Die Träger haben sich nun zu einem Bündnis zusammengeschlossen. Wir teilen mit ihnen die Einschätzung, dass mehr Geld



im Fördertopf nur eine kurzfristige, vorübergehende Lösung ist. Sie wäre maximal ein Pflaster, wo wir komplett umsteuern und die Maßnahmen der Sozial- und Gesundheitsförderung dauerhaft sichern müssen. Unser Vorschlag als Fraktion Sozial.DIE LINKE ist es daher, die Maßnahmen und Angebote, die sich verstetigt haben und essentieller Teil der Potsdamer Sozialinfrastruktur geworden sind, in eine dauerhafte, institutionelle Förderung zu überführen. Auf welche Träger dies zutrifft, soll uns die Verwaltung noch vor abschließender Beratung des Sozialausschusses am 19. September über die vorliegende Liste mitteilen, um sie schon in diesem Haushalt in eine sichere Förderung zu überführen. Das würde gleichzeitig Kapazitäten für innovative Ideen und Projekte schaffen.

Isabelle Vandre

Fragen und Antworten

Querung Nedlitzer Straße

Nach einer Verbesserung der Querung der Nedlitzer Straße im Potsdamer Norden für (Grund-) Schüler:innen fragte der Stadtverordnete Sascha Krämer in der vergangenen Stadtverordnetenversammlung. Besonders in den Kreuzungsbereichen sind die Ampelschaltungen extrem kurz. Der Beigeordnete Rubelt gab an, die Optionen der „Lichtsignalanlagenschaltung“ seien bereits ausgeschöpft und ließe keinen weiteren Spielraum mehr zu, ohne andere Verkehrsteilnehmer:innen zu benachteiligen. Auf erneute Nachfrage nach Möglichkeiten, zum Beispiel mit einem Leuchtturmprojekt an bestimmten Schulstandorten, signalisierte er Bereitschaft diese im Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität vorzustellen.

Überwiesen

Parkhaus Nähe Campus Jungfernsee

Wer einmal zur Rushhour am Campus Jungfernsee vorbeigekommen, oder vielleicht sogar umgestiegen ist, wird es bemerkt haben: die Bus- und Tramhaltestelle die den Potsdamer Norden mit der Innenstadt verknüpft wird stark frequentiert. Auch die „Park & Ride“-Plätze reichen schon lange nicht mehr aus, um den Pendelnden die in die Tram umsteigen wollen gerecht zu werden. In unmittelbarer Nähe befindet sich ein schwach ausgelastetes privates Parkhaus, dessen Öffnung wir nun für die Öffentlichkeit fordern, um das Konzept „Park & Ride“ noch attraktiver zu gestalten. Der Antrag wird nun im Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität diskutiert.

Gedenken an Günther Anders

Kennt ihr Günther Anders? Nein? Das möchten wir ändern. Günther Anders, Ehemann von Hannah Arendt, lebte 1929 gemeinsam mit ihr in Nowawes. An ihn als Pazifisten, Atomkraft-Gegner, Humanisten und Medienkritiker wollen wir mit einer Gedenktafel erinnern. Mit dieser Würdigung wird sich nun vorerst der Kulturausschuss beschäftigen.

Modellregion für Cannabisläden?



Noch in diesem Jahr, so der Wille der Bundesregierung und des Bundesgesundheitsministers, soll Cannabis teilweise legalisiert werden. Dabei sollen 25 Gramm Eigenbedarf legal sein. Allerdings ist der Besitz das Eine, der Verkauf und Erwerb das Andere. Hier erweisen sich EU-Verträge als Barrieren. Deshalb sieht die Regierung erst einmal nur eine staatlich kontrollierte Abgabe über Vereine sowie den privaten Eigenanbau mit bis zu drei Pflanzen vor. Aber das wird nicht reichen. Nicht alle KonsumentInnen können oder wollen sich als Hobbygärtner betätigen und auch die namentliche Registrierung und die Dokumentation der Einkäufe, schreckt ab. In einem zweiten Schritt soll in Modellregionen der Verkauf über lizenzierte Fachgeschäfte getestet werden. Unsere Fraktion hat einen Antrag an die Stadtverordnetenversammlung gestellt, dass Potsdam sich als Modellregion für Cannabisläden bewirbt. Wir erwarten von der Projektteilnahme:

- Entkriminalisierung von Konsument/Innen, ganz klar eine Sicherung von Qualität, Vermeidung von Gesundheitsrisiken, eine offene, breite Debatte durch Evaluierung der gewonnenen Datenmenge zu Gefahren und Nebenwirkungen aufgrund wissenschaftlicher Begleitung und die Beendigung der Stigmatisierung von Usern als Straftäter/Innen.

- Cannabisläden werden voraussichtlich zu einer Begrenzung des Schwarzmarktes und der damit einhergehenden z.T. schweren Kriminalität führen, welches Justiz- und Strafverfolgungsbehörden entlastet.

- Die Erhöhung der Steuereinnahmen der Stadt und nicht die der Einnahmen der organisierten Kriminalität.

Wir haben bei der Einbringung des Antrages das Stadtparlament gebeten, die Divergenz zwischen unkontrolliertem Schwarzmarkt und kontrollierter staatlicher Abgabe zu erkennen und den Weg zum barrierefreien, legalen Freizeitkonsum von Cannabisprodukten frei zu machen..

Michel Berlin

Wo kann man in Potsdam öffentlich grillen?



In der Landeshauptstadt Potsdam gibt es keine öffentlichen Grillplätze mehr. Die letzten verschwanden mit der weiteren Verkleinerung des Volksparks. Der Bedarf ist nicht nur im Sommer da. Viele Potsdamer:innen haben eben keinen Garten und hätten so die Möglichkeit, mit Freunden und Bekannten unter freiem Himmel zu grillen. Was in vielen deutschen Städten und vor allem im Ausland gang und gäbe ist, wird in Potsdam bisher erfolgreich verhindert. Die Folge: An vielen Stellen, auch in den Parks, wird illegal gegrillt und der anfallende Müll nur unzureichend entsorgt. Das hinterlässt Schäden in der Natur und wird zu Recht kritisiert. Um dem entgegenzuwirken, wollen wir die Verwaltung beauftragen zu prüfen, wo in Potsdam öffentliche Grillplätze mit ausreichenden Entsorgungsmöglichkeiten eingerichtet werden können.

Sie soll Orte im öffentlichen Raum benennen, an denen feste Grillplätze eingerichtet werden können. Das Ergebnis der Prüfung soll den Stadtverordneten im November 2023 vorgelegt werden. Ich hoffe, dass es uns gelingt, bis Sommer 2024 öffentliche Grillplätze einzurichten.

Sascha Krämer

Mietenstopp bei der ProPotsdam verlängern



Am 7. Dezember 2022 beschloss die Potsdamer Stadtverordnetenversammlung auf Vorschlag des Oberbürgermeisters ein Mietenmoratorium. Dieses gilt bis zum 31. Oktober 2023. Begründet wurde die Maßnahme damit, dass Kommune und Wohnungsbaugesellschaft so einen stabilisierenden Beitrag in von Unsicherheiten geprägten Zeiten auf Grund des Ukraine Krieges und der steigenden Lebenshaltungskosten leisten wolle. Da sich auch ein halbes Jahr nach diesem Ansinnen weder die politische Lage geändert, noch die wirtschaftliche Situation entspannt hat, hat die Fraktion Sozial.DIE LINKE die Verlängerung des Mietenstopps um ein weiteres Jahr beantragt.

Isabelle Vandre



RATHAUSREPORTstammtisch in Fahrland - Schubert auf Kollisionskurs in der Schulentwicklung

„Janz weit draußen“ fand am Freitag, 8. September 2023, der RATHAUSREPORTstammtisch der Fraktion Sozial.DIE LINKE. Potsdam statt: in Fahrland im dortigen Kulturladen des Bürgervereins Fahrland und Umgebung. Eingeladen hatten die beiden Stattverordneten Sascha Krämer und Tina Lange (Foto). Zur Diskussion standen natürlich die Ergebnisse der zurückliegenden SVV vom 6. September 2023. Und als Schwerpunkte für den Potsdamer Norden standen die Themen „Stadtentwicklungsplanung“ (siehe Beitrag auf dieser Seite) sowie der „Parkeintritt“.

Potsdam hat zu wenig Schulplätze, das ist allgemein bekannt. Zum einen wächst die Stadt weiterhin, zum anderen erfreut sie sich schon lange hoher und weiter wachsender Beliebtheit aus dem Potsdamer Umland, insbesondere dem mit Schulen selbst unterversorgten Potsdam-Mittelmark. Dabei zeigte sich in diesem Jahr einmal mehr, dass sowohl Gymnasial-, als auch Gesamtschulplätze fehlen. Für die Gymnasialwünsche wurden zusätzliche Klassen eröffnet, die Gesamtschulwünsche hingegen wurden zu einen guten Teil stattdessen nur mit Oberschulplätzen versorgt – dabei erfolgt hier die Aufnahme nach Wohnortnähe, weshalb insbesondere Schüler*innen der Potsdamer Ortsteile das Nachsehen hatten.

Die Lösung des Problems kann langfristig nur eine Einigung mit dem Nachbarlandkreis und die Änderung des Aufnahmeverfahrens im Brandenburger Schulgesetz sein, kurzfristig hingegen brauchen wir weitere Schulplätze. Dabei will der Oberbürgermeister gerade mit dem Kopf durch die Wand und ignoriert den Kooperationsvertrag genauso wie den Willen vieler Familien. Denn mit dem letztes Jahr bereits notgedrungen gegründeten Bornstedter Dalton-Gymnasium will er nun in 4 Jahren 3 neue Gymnasien, aber nicht 1 einzige weitere Gesamtschule schaffen. Schlimmer noch: Der für 2026 fest im Schulentwicklungsplan vorgesehenen 6-zügigen Gesamtschule Waldstadt Süd wurde sogar eine Verzögerung bis 2031 (!) angekündigt – ein Schelm wer hier Böses denkt. Die Fontane-Oberschule soll nicht etwa in einer Gesamtschule aufgehen, sondern einem Gymnasium weichen – einer für diese Schüler*innen unzugänglichen Schulform.

Doch der Gegenwind ist hart, nicht nur von uns LINKEn. Wir lassen uns nicht einschüchtern und drängen darauf, schon ab kommendem Schuljahr weitere Gesamtschulen zu gründen, allen voran die notwendige Vorgründung der Waldstadt-Gesamtschule. Auch die dringend neu zu planende Gesamtschule Golm wollen wir bereits 2027 vorgründen. Schulentwicklung der heutigen Zeit kann nur inklusiv gedacht werden, um den Herausforderungen zu begegnen und allen Schüler*innen ein adäquates Angebot zu machen. Dafür kämpfen wir weiter mit aller Kraft, im Zweifel auch gegen den Oberbürgermeister. Der vergisst nämlich die nach wie vor meistnachgefragte Schulform in Potsdam: Die Gesamtschule – eine Schule für alle.

Tina Lange

Termin für telefonische Bürgersprechstunde Septeber

Dr. Sigrid Müller
Fraktionsvorsitzende

Dienstag, 19.09.2023, 16:00 – 18:00 Uhr
Telefon: 0173 6171150

Stefan Wollenberg
Fraktionsvorsitzender

Dienstag, 26.09.2023, 15.00 – 17.00 Uhr
Tel.: 0172 / 514 38 25

Ida Karlotta Wiesigstrauch, Fraktionsgeschäftsführerin,

Mo - Fr: 10 -15 Uhr
Stadthaus, R. 3.107
Friedrich-Ebert-Str. 79/81
in 14469 Potsdam

Tel.: 0331 289 3048

Fraktionssitzung

montags, am 18.09., 25.09., 09.10., jeweils 18:00 Uhr im Stadthaus, Raum 3.106

Montag, 02.10., 18:00 Uhr, Videokonferenz (Zugangsdaten auf Anfrage)

Nächste SVV:

IHK Potsdam, 04.10. 15:00 Uhr, Havelsaal, in der Breitenstraße

E-Mail

sozial.dielinke@rathaus.potsdam.de

IMPRESSUM RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion Sozial.DIE LINKE Potsdam
Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:
Sozial.DIE LINKE.Fraktion; Friedrich-Ebert-Straße 79/81; 14469 Potsdam

E-Mail: Sozial.DIELINKE@Rathaus.Potsdam.de
Telefon: 0331/289 30 48
Fax: 331/289 31 19
Druck: Nordostdruck
V.i.S.d.P. Stefan Wollenberg



Protest gegen grottenschlechtes Regierungsverhalten der „Ampel“

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hat in der Generaldebatte des Bundestags Anfang September 2023 u. a. einen „Deutschland-Pakt“ zur Modernisierung des Landes vorgeschlagen. Staatliche Stellen sollten gesamtheitlich mehr Mut und Tempo zeigen, um Deutschland von Grund auf schneller, moderner und sicherer zu gestalten, sagte Scholz. Der Pakt solle Maßnahmen zur Stärkung des Wachstums, der Digitalisierung und der Begrenzung der irregulären Migration enthalten.

Im breiten Protest der Oppositionsparteien gegen den Kurs der „Ampel“ reihte sich auch DIE LINKE ein. Kritik übte z. B. Amira Mohamed Ali. Sie warf der Ampel ein „grottenschlechtes Regierungshandeln“ vor. Kernpunkt sei dabei, dass die Ampel Geld für Rüstung ausgebe, während sie im Sozialbereich einspare.

DIE LINKE weiter: Die „Ampel“ ist als eine „Fortschrittsregierung“ angetreten und wurde zu einer Koalition der gebrochenen Versprechen. Von dem „Respekt“, den Bundeskanzler Scholz den Menschen in diesem Land versprochen hat, ist nichts übrig geblieben. Jede neue Entscheidung zu Kürzungen und Spaßmaßnahmen ist ein Schlag ins Gesicht derer, die jeden Cent zweimal umdrehen müssen und unter Existenzängsten leiden. Jetzt steht dem Land ein neuer Kürzungshammer bevor. SPD, Grüne und FDP planen den Haushalt der sozialen Kälte. Gekürzt wird beim BAföG, beim Bundesfreiwilligendienst, bei Maßnahmen gegen sexuelle Gewalt an Kindern, bei der humanitären Hilfe und Krisenprävention und beim Wohngeld. Gekürzt wird also genau da, wo eigentlich dringend mehr investiert werden sollte: im Sozialbereich. Auf der anderen Seite bekommt die Bundeswehr 17Mrd. Euro mehr für Aufrüstung. „Das ist ein Konjunkturprogramm für die Rüstungskonzerne“ wurde Gesine Lötzsch in der Debatte zum Auftakt der Haushaltsverhandlungen deutlich.

Parteivorsitzender Martin Schirdewan kritisiert die Pläne ebenfalls scharf: „Die Koalition legt die Axt an den sozialen Zusammenhalt und die Demokratie im Land. Die Kürzungen sind sozial ungerecht und angesichts von der Krise, die in diesem Land herrscht und des Rechtsrucks demokratiepolitisch hochgefährlich.“ Die Bundesregierung fährt das Land sehenden Auges an die Wand. Wir sagen der unsozialen Kürzungspolitik der „Fortschrittskoalition“ den Kampf an: Stoppt den Kahlschlag der „Ampel“! Protest gibt es auch von Sozialverbänden und Gewerkschaften. Auch viele Mitglieder von SPD und Grünen sind unzufrieden. Lasst uns einen breit getragenen gesellschaftlichen Protest organisieren, um zu einem Kurswechsel und zu einer anderen Politik zu kommen. Entweder die Ampel korrigiert endlich ihren Zerstörungskurs und dreht in Richtung Zukunft – oder diese Regierung der gebrochenen Versprechen muss frühzeitig abgelöst werden.

Eigentum verpflichtet – der alte Landtag brennt



Die im Grundgesetz, Artikel 14 festgeschriebene Verpflichtung „Eigentum verpflichtet“ gilt, aber offensichtlich nicht für alle! Das alte Landtagsgebäude in Potsdam brannte am Samstag, 5.8.23, lichterloh und wurde nachhaltig beschädigt. Es ist ein Denkmal in Privatbesitz! Und seit Jahren ein Immobilien-Spekulationsobjekt. Unglaublich!

Es war ein grober Fehler, ein im Landeseigentum befindliches denkmalgeschütztes Objekt zu privatisieren. Das Gebäude wurde bis zum Auszug des Brandenburger Landtages im Dezember 2013 als dessen Sitz genutzt.

Ja: Dieses Haus bedurfte dringend der Sanierung und Modernisierung, und ein neuer Plenarsaal sollte ergänzend gebaut werden. So jedenfalls war es bis 2004 Beschlusslage. Vorher sollte, nach erfolgreicher Volksabstimmung für ein gemeinsames Land Berlin- Brandenburg, ein neues Landtagsgebäude in der Potsdamer Speicherstadt gebaut werden. Doch die Fusion fiel aus. Und der Brandenburger Landtag entschied sich, das denkmalgeschützte Gebäude auf dem Brauhausberg zu sanieren und einen neuen Plenarsaal extern auf dem Gelände zu bauen.

Ich erinnere deshalb so genau, weil ich damals vom Präsidium des Landestages beauftragt war, mit einer Arbeitsgruppe Ideen für den Plenarsaal-Neubau zu sammeln. Das habe ich 2003 gemeinsam mit Studierenden der Bauhaus Uni Weimar gemacht, und es lagen hochinteressante, phantasievolle Ideenskizzen vor. Aber SPD und CDU regierten seit Herbst 1999 zusammen und wollten das eigentlich nicht mehr. Sie waren sich schon vor der Landtagswahl 2004 darüber einig, dem Druck einer konservativen Potsdamer Mehrheit zu folgen und nach diesen Wahlen einen Neubau mit Schlosselementen auf dem Grundriss des ehemaligen Stadtschlosses zu errichten. Den Auftrag dazu fixierten sie nach den Wahlen trotz des heftigen Widerstandes der PDS-Fraktion in einem „Öffentlich-Privaten Partnerschafts-Projekt“ (ÖPP) - mit der Folge, dass der Pfusch am Bau, gut sichtbar für alle, durch das private BAM-Konsortium wohl noch viele Jahre lang vor Gericht verhandelt werden muss.

Hände weg, kann ich da nur sagen, von ÖPP-Bau-Projekten durch die öffentliche Hand! Die Steuerzahler zahlen immer drauf! - (Im Übrigen hatte mir der damalige Potsdamer SPD-Vorsitzende und Chef der Staatskanzlei noch 2003 versichert, dass es mit der SPD keinen Landtagsneubau auf dem Alten Markt geben würde - also auch nicht die Schlosskopie, in der der Landtag nun seine Arbeit macht.)

Mein Fazit: Öffentliches Eigentum muss öffentlich bleiben und darf nicht zu Spekulationszwecken verkommen. Das Land trägt die Verantwortung für eine nachhaltige Bau- und Liegenschaftspolitik und hat sie - wie der Brand nun zeigt - auch im Falle des alten Landtagsgebäudes mit verheerender Langzeitwirkung in den Wind geschlagen.

Anita Tack

Die Eisenbahn zurück aufs Land bringen!

Mehr als 500 Kilometer Bahnstrecken sind in Brandenburg seit 1994 stillgelegt worden. Bis heute klaffen erhebliche Lücken im Schienennetz unserer Region. Wir wollen das ändern. Mit der Reaktivierung stillgelegter Strecken können wir die Eisenbahn zurück auf's Land bringen. Abgehängte Gegenden erhalten so wieder eine attraktive Nahverkehrsanbindung. Das bringt mehr Bewegungsfreiheit in den Alltag vieler Menschen – auch ohne eigenes Auto. Städte und Gemeinden mit Bahnanschluss sind als Wohn-, Lebens- und Unternehmensstandorte attraktiver. Mehr Bahn auf dem Land bedeutet mehr Lebensqualität. Und ist gut für's Klima: Jeder Personen- oder Güterzug spart CO_2 und hilft uns, die Lebensgrundlagen auf unserem Planeten zu bewahren. Doch wo stehen wir in punkto Reaktivierung? Darüber wollen wir am Freitag, 15. September 2023, 10.00 - 14.00 Uhr, im Landtag & digital bei der ersten Brandenburger Reaktivierungskonferenz gemeinsam mit Fachleuten, Initiativen, politischen Entscheiderinnen und Entscheidern sowie allen weiteren Interessierten diskutieren.



Anmelden unter: veranstaltungen@linksfraktion-brandenburg.de

Sommerfest der Landtagsabgeordneten Block und Vandre



Es war einer der wenigen, wirklich heißen und sonnigen Tage Mitten im August, an dem Marlen Block und Isabelle Vandre, unsere LINKEN Potsdamer Landtagsabgeordneten, in ihr gemeinsames Wahlkreisbüro (Foto) geladen hatten. Der Anlass: ein Sommerfest für die Mitglieder der Kreispartei, die Nachbar:innen des rotbloq, Weggefährt:innen, Verbündete und Menschen aus der Potsdamer Stadtgesellschaft. Knapp 80 Gäste folgten der Einladung mitten in den Sommerferien und hatten die Gelegenheit eine einmalige Ausstellung mit Werken zur Potsdamer Ostmoderne von der Siebdruckwerkstatt Studio 114 zu besichtigen. „Als wir das rotbloq im Januar 2020 eröffneten, wollten wir es zu einem lebendigen Ort jener Akteure machen, die Lust darauf haben, mit uns an einer solidarischen und sozialen Stadt von Unten zu arbeiten. Dann kam die Pandemie. Umso mehr freut es uns, dass wir heute Raum für eine künstlerische Auseinandersetzung mit der umkämpften Potsdamer Mitte bieten", sagt Isabelle Vandre bei der Eröffnung. Die eigens für den Abend zusammengestellten Bilder führten vor allem die Abrissdebatten der letzten Jahre vor Augen: den verlorenen Kampf um die Fachhochschule, den akut bedrohten Staudenhof und die noch immer ungewisse Zukunft des Rechenzentrums. Doch nicht nur die Stadtgestaltung war an dem Sommerabend Thema der Gespräche im und vor dem rotbloq. „Wir wollen heute auch ein Stück weit Mut machen. Mut, um die Vereinzelung im Kampf gegen den rechten Zeitgeist zu überwinden, aber auch, um gegen die großen gesellschaftlichen Ungerechtigkeiten wie steigende Armut, zu kämpfen", so Marlen Block. Dass es da noch einiges zu tun gibt, ist offensichtlich. Vandre verkündete am Ende der Begrüßung ihre erneute Kandidatur für den Landtag, um sich vor allem für eine Wohnungspolitik außerhalb der Regeln des Marktes einzusetzen.

Neue Wohngemeinnützigkeit einführen

Der soziale Wohnungsmarkt kollabiert. Das ist keine neue Erkenntnis, sondern eine seit mehreren Jahren beobachtbare Tendenz in ganz Deutschland. Auch Brandenburg bleibt davon nicht verschont, wie die Entwicklung der Mietpreis- und Belegungsbindung verdeutlicht: 2000 – 101.500 gebundene Wohneinheiten, 2020 – 21.900, 2030 – 12.500. Sowohl diese Zahlen, als auch die schier endlose Profitgier von Unternehmen, die die Mieten in immer weitere Höhen treiben, zeigen, dass es keine Begegnung der Wohnungskrise innerhalb der bestehenden Marktregeln geben wird. Deshalb müssen wir sie durchbrechen und endlich zu einer Gemeinwohlorientierung zurückkehren. Denn bis 1990 gab es bereits eine Wohngemeinnützigkeit. Sie hatte eine Garantiefunktion für Mieter:innen, weil gemeinnützige Wohnungsakteure lediglich die Kosten zur Abbezahlung des Gebäudes, sowie jene für den Unterhalt als Miete (Kostenmiete) verlangen durften. Hinzu kam, dass gemeinnützige Akteure nicht mehr als 4% Rendite abführen durften. Im Gegenzug erhielten sie steuerliche Vorteile. Dank linker Initiativen, Wissenschaftler:innen wie Andrej Holm, aber auch der Gewerkschaften und des Mieterbundes ist die Forderung nach einer Wohngemeinnützigkeit nun zurück im politischen Raum. Denn das Bundesbauministerium hat jüngst drei unterschiedliche Optionen einer zukünftigen Neuen Wohngemeinnützigkeit präsentiert. Für uns als LINKE ist klar: Es braucht eine wirkungsvolle Gemeinnützigkeit, zu der sich möglichst viele Wohnungsunternehmen verpflichten. Verankert werden muss daher die Verpflichtung zur Kostenmiete, die prioritäre Versorgung von Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen, die Einführung von Mieter:innenräten, der bevorzugte Zugang zu Fördermitteln, Befreiung von Gewerbe-, Körperschafts-, Erbschafts- sowie Grundsteuer. Brandenburg hat die Verantwortung dafür zu sorgen, dass die Neue Wohngemeinnützigkeit ein Erfolg wird und mit ihr der Systemwechsel in der Wohnungspolitik eingeläutet wird. Dazu wollen wir die Landesregierung im September mit einem Antrag verpflichten.

Isabelle Vandre



ISABEL VANDRE VOR DEM GENERALSHOTEL AM FLUGHAFEN BER. DIE VILLA WURDE ZWISCHEN 1947 UND 1950 ERBAUT UND DIENTE EINST ALS EMPFANGSGEBÄUDE FÜR STAATSGÄSTE DER DDR. FOTO: PATRICK PLEUL/DPA

Weitere Katastrophenstory am BER

Generalshotel in Gefahr

Wir wissen, in dem Moment, in dem diese Zeilen entstehen nicht, ob der Abriss des Generalshotels auf dem BER- Gelände, wie geplant am 14. September vonstatten geht. Gründe, die für einen Erhalt sprechen gibt es jedoch genug!

„Wir fordern ein Moratorium, um den unmittelbar bevorstehenden Abriss zu verhindern und über neue Konzepte für den Erhalt und die Nutzung ins Gespräch zu kommen. Die Bundesregierung mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben sowie das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung sind aufgefordert, den kurzfristig geplanten Abriss zu stoppen. Die Landesregierungen von Berlin und Brandenburg sowie die Flughafengesellschaft sind aufgefordert, sich für den Erhalt einzusetzen.“, heißt es etwa im Offenen Brief der Initiative „Generalshotel retten“, den wir beide selbstverständlich mittragen. Der geplante Abriss gehört zum Planfeststellungsbeschluss zum Neubau eines Regierungsflughafens von 2011. Der ist aber längst überholt, denn im vergangenen Jahr hatte die Bundesregierung entschieden, keinen neuen Regierungsflughafen, der 344 Mio. Euro kosten sollte - heute aber bestimmt über 500 Mio. Euro - zu bauen. Wozu auch! Im Herbst 2018 war doch bereits ein neues, voll ausgestattetes Regierungsterminal für 79 Mio. Euro in Betrieb genommen worden! Also ist der Planfeststellungsbeschluss von 2011 hinfällig und der Abriss des denkmalgeschützten Generalshotel aus Flächengründen sollte vom Tisch sein! Aber weit gefehlt! Nun braucht angeblich die Flugbereitschaft, für die der Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) verantwortlich zeichnet, ausgerechnet diese Fläche, um Flugzeuge abzustellen. Das ist aber eine fadenscheinige Argumentation, denn freie Flächen gibt es am BER-Gelände reichlich. Unsere Bundestagsabgeordnete Gesine Lötzsch (LINKE) erfuhr aus dem Bundesfinanzministerium, dass der Abriss ca. 2,7 Mio. Euro kosten soll. Es ist doch wohl eher so, dass offensichtlich alle gebauten Zeitzeugnisse als Erinnerung an den Flughafen der Interflug in Schönefeld endgültig verschwinden sollen. Denkmalschutz hin, Denkmalschutz her. Die ehemaligen Flughäfen Tegel und Tempelhof bleiben unterdessen selbstverständlich als Denkmale erhalten. Auch die Denkmalpflege-Organisation Icomos Deutschland, die im Auftrag der UNESCO arbeitet, hat sich für den Erhalt des Denkmals Generalshotel ausgesprochen und das gegenüber den Zuständigen in der Bundesregierung, dem Bundeskanzler Scholz (SPD), der Bundesbauministerin Geywitz (SPD), dem Verteidigungsminister Pistorius (SPD) und dem Finanzministers Lindner (FDP) gefordert. Bei dem Bauwerk handele es sich „um einen außerordentlichen hohen geschichtlichen, baukulturellen und künstlerischen Wert und sollte daher in seinem Erhaltungszustand vor dem Abriss bewahrt bleiben“.

Anita Tack, ehem. Brandenburger Umwelt-und Gesundheitsministerin beschrieb bereits in ihrem Buch „BER. Vom Flug- zum Fluchhafen“ die Verantwortungslosigkeiten bei der Planung und Realisierung des BBI/BER.

Isabelle Vandre hat als Landtagsabgeordnete die Initiative zum Erhalt vor Ort unterstützt und kämpft auch in Potsdam für den Erhalt von Architektur der Ostmoderne.

Protest-Aktionstag und Solidarität mit sozialen Trägern



Am 30. August 2023 hatten Arbeiterwohlfahrt, Sekiz und das Sozialwerk zu einem Aktionstag vor dem Rathaus in der Friedrich-Ebert-Straße aufgerufen. Rund 250 Personen kamen im Zeitraum von 15 bis 17 Uhr, um ihre Solidarität mit diesen sozialen Trägern zu bekunden. Denn die Streichungen und Kürzungen sind massiv, bedeuten sie doch oft das AUS der Projekte und wie im Falle des Sekiz das komplette Ende der Institution, die seit mehr als 30 Jahren mitten in der Stadt für die Selbsthilfe, das Ehrenamt und für Begegnungsgruppen Räume und Hilfe anbietet. “Ziel des Aktionstages war es, auf die prekäre Finanzierungssituation aufmerksam zu machen, auf die Merkwürdigkeiten des Umgangs der Stadt mit den Trägern hinzuweisen und für die weitere notwendige Förderung zu werben”, hieß es seitens der Veranstalter.

In der ersten Stunde des Nachmittags machten mehr als zehn Redner:innen aus den betroffenen Einrichtungen ihre Situation deutlich. Bernd Schulze von der AWO-Ehrenamtsagentur sagte: „Mich regt barbarisch auf, dass Politiker das Ehrenamt in den Himmel heben und gleichzeitig kürzen. Das geht nicht. Denn Ehrenamt braucht Verstetigung. Die Leute erwarten Unterstützung und deswegen sind wir hier.“

Viele Vertreter der Politik waren anwesend und bekundeten ihre Solidarität mit den Trägern - unter anderem Isabelle Vandre´ (MdL, DIE LINKE). (Siehe auch RATHAUSREPORT, Seite II)

Babelsberger Kinderfest und Stadtteilfete Am Stern

Vorab: Es wurde viel gefeiert am ersten Septemberwochenende. Im ehemaligen Rechenzentrum hatte man zum Jubiläum eingeladen. Die Feuerwehr zeigte, was sie drauf hatte. Da war es recht schwierig, noch zu weiteren Festivitäten das Publikum zu begeistern. Am Stern lief das Stadtteilfest mit einem Stand der LINKEN. Massen drängelten über den Keplerplatz. Und der Stand die Potsdamer LINKEN war ebenfalls stets dicht umlagert. An der Spitze der ehrenamtlichen Betreuer wie so oft Petra Pannicke, die Schatzmeisterin des Kreisvorstandes.



DIE LINKE Babelsberg/Zentrum-Ost hatte zum traditionellen Kinderfest der LNKEN eingeladen. Hier trafen wir u. a. den LINKEN Stadtverordneten Michel Berlin und die Stellvertretende Kreisvorsitzende Petra Perscheid sowie den Kreisgeschäftsführer Steffen Lehnert in Aktion.

Die Babelsberger Genoss:inen zeigten sich zufrieden: „Es war wunderbar! Danke an alle, die bei gutem Wetter mitgewirkt haben und den rund 300 BesucherInnen über vier Stunden eine Menge Spaß bereitet haben.“ Dem ist nichts hinzuzufügen.

+++ Verschiedenes in Kürze +++ Verschiedenes in Kürze +++ Verschiedenes in Kürze +

Bewerbungsstart für Landesintegrationspreis 2023

Der Startschuss für die 16. Auflage des Landesintegrationspreises in Brandenburg ist erfolgt. Bis zum 16. Oktober 2023 können sich Einzelpersonen, Vereine, Verbände, Initiativen, Unternehmen und Kommunen bewerben oder dafür vorgeschlagen werden. Seit 2008 werden mit dem Integrationspreis Personen und Institutionen ausgezeichnet, die sich haupt- oder ehrenamtlich besonders engagiert für die Integration von Menschen mit Migrationsgeschichte im Land Brandenburg einsetzen. Bewerbungen können online eingereicht werden unter: [Bewerbung Integrationspreis].

Weitere Informationen [https://msgiv.brandenburg.de].

Nachtrag Auslosung Tombola Sommerfest

Nachdem auf dem Sommerfest fast alle Gewinne eingelöst wurden, wartet noch ein Preis Eine Flasche Weißwein Schloss Wackerbarth mit der Losnummer 463

In der Kreisgeschäftsstelle der Potsdamer LINKEN, Zeppelinstarße 7, auf seine Abholung.

++Termine ++ Termine++

DONNERSTAG, 14. September 2023, 19 Uhr, Freitag, 15. September 2023, 18 Uhr,

Filmmuseum Potsdam, Breite Str. 1a/ Marstall, 14467 Potsdam

Der andere Blick: Chile 1973

Karten über das Filmmuseum Potsdam: https://www.filmmuseum-potsdam.de/ Kooperation der RLS Brandenburg mit dem Filmmuseum Potsdam

FREITAG, 15. September 2023, 19 Uhr:

okev – offener Kunstverein Potsdam, Herrmann-Elflein-Str. 10, 14467 Potsdam - Veranstaltung zur Eröffnung der Ausstellung

„Die weiße Moderne – von Fernweh bis Kolonialismus“ mit Fotografien von Jean Molitor. Kooperation der RLS Brandenburg mit dem Kulturforum der Rosa-Luxemburg-Stiftung und okev - offener Kunstverein Potsdam

SONNABEND, 16. September 2023, 14:00 Uhr bis 18:00 Uhr

Stadtteilfest in Waldstadt

++Termine ++ Termine++

Spielplatz bei der Waldstadt Grundschule, Friedrich-Wolf-Straße 12, 14478 Potsdam

DONNERSTAG, 21. September 2023, Potsdam

Ein bedeutender Ort der Arbeiterbewegung in Potsdam: VICTORIA-GARTEN – Restaurant und Kino Charlott

RLS in Kooperation mit der Fraktion Sozial.DIE LINKE in der SVV Potsdam

SAMSTAG 23.09.2023 10-13 Uhr

Treffpunkt Freizeit
(Am Neuen Garten 64)
Nominierungsveranstaltungen der Potsdamer LINKEN für die Landtagswahl 2024

MITTWOCH, 27.09.2023 ab 19 Uhr

Stadtteilkneipe Nowawes (Großbeerenstr. 5)
Roter Stammtisch

FREITAG, 29. September 2023, 15.00 – 18.00 Uhr

im HAUS DER NATUR, LINDENSTR. 34, 14467 POTSDAM

++Termine ++ Termine++

KI vs. MENSCH? - DAS LEBEN IN NEUEN ZEITEN

Tagung des Gesprächskreises „Arbeitsrecht“ der Rosa-Luxemburg-Stiftung über Herausforderungen einer digitalisierten Arbeitswelt und die Folgen für Arbeitnehmer*innen. Anmeldungen an Steffen Hultsch

(Koordinator des Gesprächskreises „Arbeitsrecht“): agb.hultsch@web.de

DONNERSTAG, 05.10.2023 10 Uhr

rotbloq (Zeppelinstraße 7)
offenes Treffen der AG Senior:innenpolitik

Am 7. Oktober 2023

eröffnet das Filmmuseum Potsdam mit

„Voll das Leben! Andreas Dresen und Team“

eine Sonderausstellung und Begleitprogramm. Bereits seit dem 7. September präsentiert das Filmmuseum Potsdam eine Foyerausstellung mit Plakaten von Andreas Dresen Filmen.